



LSAP d'Sozialisten

37, rue du St Esprit

L-1475 Luxembourg

Téléphone: (00352) 45 65 73-1

Fax: (00352) 45 65 75

info@lsap.lu

www.lsap.lu



**DIE EUROPÄISCHE VERFASSUNG
LA CONSTITUTION EUROPÉENNE**

DIE EUROPÄISCHE VERFASSUNG

1. Die europäische Verfassung, die am 10. Juli 2005 den Bürgerinnen und Bürgern in einem Referendum vorgelegt wird, wurde vom Konvent über die Zukunft Europas ausgearbeitet. Erstmals hat damit in der EU eine öffentliche Versammlung in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft einen Vertragstext ausgearbeitet. Dieser Text wurde von einer Regierungskonferenz leicht umgeändert übernommen, am 29. Oktober 2004 von den Staats- und Regierungschefs der EU unterschrieben und soll bis spätestens den 1. November 2006 durch die 25 Mitgliedstaaten ratifiziert werden.

Die Verfassung ist kein Regierungsprogramm, d.h. dass sie den Rahmen absteckt, während die Inhalte vom politischen Willen der Regierungen und vom Kräfteverhältnis innerhalb der EU abhängen werden.

Wird die Verfassung von einem einzigen Mitgliedstaat nicht ratifiziert, ist sie hinfällig. Dem betreffenden Staat entstehen dadurch keine Nachteile. Die EU ist nämlich ein Verbund von freien Staaten, die freiwillig zur EU gestoßen sind und auch wieder austreten können.
2. Die europäische Verfassung entstand aus der Notwendigkeit, die EU für die Erweiterung von 15 auf 25 und mehr Mitgliedstaaten fit zu machen. Dies war im Vertrag von Nizza (Dezember 2000) nicht gelungen. Die Verfassung enthält zahlreiche Verbesserungen gegenüber den bestehenden Verträgen.

Sie ist ein Kompromiss zwischen 25 Mitgliedstaaten sowie zwischen verschiedenen politischen Familien bzw. Auffassungen über das Wesen Europas. Daher ist die Verfassung weder sozialistisch noch liberal oder christdemokratisch; sie will weder ein föderales Europa noch eine reine Freihandelszone durchsetzen. Dies erklärt, dass die Verfassung je nach den Standpunkten Anlass zu Kritik gibt.
3. Die europäische Verfassung besteht aus 4 Teilen mit insgesamt 448 Artikeln und 36 Protokollen. Teil I enthält in 60 Artikeln die allgemeine Beschreibung der EU. Teil II enthält die Charta der Grundrechte, die als Teil der Verfassung verbindlich wird. Teil III übernimmt die Bestimmungen über die bestehenden Politiken der EU. Teil IV enthält vertragstechnische Bestimmungen.

Es wäre sicher möglich gewesen, nur die Teile I und II in die Verfassung aufzunehmen. Dann wäre jedoch ein zweiter Vertrag notwendig geworden, wogegen der Wunsch bestand, alle europäischen Bestimmungen in einem Text zusammenzufassen und damit leichter zugänglich und lesbarer zu machen.

Besonders die Teile I und II geben ein klares Bild über die Werte, die Zielsetzungen, die Zuständigkeiten und den Aufbau der Union. Die Werte und Zielsetzungen, die darin festgehalten sind, ebenso wie die Bestimmungen von allgemeiner Tragweite beziehen sich auf alle Politiken der Union, so wie sie in Teil III dargestellt sind.

4. In Teil I werden die Werte, auf denen die Union beruht, festgeschrieben: Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Gleichheit von Frauen und Männern, Solidarität, Rechtsstaat, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit. Die EU wird der Europäischen Menschenrechtskonvention beitreten. Die Charta der Grundrechte (Teil II der Verfassung) enthält die genauere Ausführung der verschiedenen Rechte. Darunter ganz besonders das Kapitel Solidarität mit einer ausführlichen Beschreibung der Sozialrechte.

In Teil I (Artikel 3) werden zudem die zahlreichen Zielsetzungen der Union dargelegt. Dazu gehört ein Raum von Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit ohne Grenzen, Nachhaltigkeit, eine soziale Marktwirtschaft und Vollbeschäftigung.

Von Gegnern der Verfassung wird moniert, die Verfassung erhebe den Liberalismus zur alles beherrschenden Ideologie der EU. Sie berufen sich dabei auf einen Teilsatz, demzufolge die Konkurrenz im Binnenmarkt frei und unverfälscht sein soll. Wichtige Bestimmungen in Teil I (Rechtsgrundlage für die Dienstleistungen öffentlichen Interesses) und in Teil III (allgemeine Bestimmungen, wie die Gleichheit von Frauen und Männern, die Nichtdiskriminierungsklausel, der Kampf gegen sozialen Ausschluss, Verbraucherschutz) zeigen dagegen klar, dass die Verfassung im Gegensatz zu früheren Verträgen ein Gleichgewicht zwischen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Zielsetzungen herstellen will.

5. Die Verfassung stellt klar, dass die EU die Identität der Mitgliedstaaten nicht in Frage stellt und sich nicht zu einem Super-Staat entwickeln will. Die EU soll nur jene Zuständigkeiten ausüben, die die Mitgliedstaaten ihr zuerkennen, in Beachtung der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit. Bei der Kontrolle, wie die EU diese

Prinzipien beachtet, sollen die nationalen Parlamente eine wichtige Rolle zu Beginn des gesetzgeberischen Prozesses erhalten.

Die Verfassung erteilt der EU keine neuen Zuständigkeiten. Sie antwortet auf die Frage: "Wer macht was in Europa". Demzufolge zählt sie fünf verschiedene Zuständigkeiten auf:

- Ausschließliche Zuständigkeiten der Union (z.B. die Zollunion)
- Geteilte Zuständigkeiten (z.B. der Binnenmarkt)
- Unterstützungs- und Ergänzungsmaßnahmen (z.B. in der Erziehung)
- Außen- und Sicherheitspolitik
- Koordinierung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik.

Die Umänderungen in Teil III sind lediglich Anpassungen an Teil I und II. Die 322 Artikel in Teil III enthalten Bestimmungen, die sich in bestehenden, bereits ratifizierten Verträgen befinden. Einzig und allein in den Bereichen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie der inneren Sicherheit und Gerechtigkeit schlägt die Verfassung Neuerungen vor. (Punkt 9 und 10)

6. Die Verfassung verbessert die Funktionsweise der erweiterten EU in folgenden Punkten:

- In der Gesetzgebung gibt es künftig nur noch sechs verschiedene Rechtsakten, darunter europäische Gesetze und Rahmengesetze, anstatt bisher 16.
- Die Mehrheitsabstimmungen im Rat werden zahlreicher (45 neue Fälle), die Einstimmigkeit seltener (70 Fälle), wodurch die Beschlussfähigkeit der Union verbessert wird.
- In der Abstimmung im Rat besteht die Mehrheit aus 55% der Staaten (eine Stimme pro Staat) und 65% der Bevölkerung (doppelte Mehrheit).
- Ab 2014 wird die Kommission kleiner (2/3 der Mitgliedstaaten), dadurch effizienter. Jeder Mitgliedstaat hat dann das verbriefte Recht, in zwei von drei Kommission vertreten zu sein.
- Ein Außenminister wird die Stimme der Union in der Außenpolitik sein. Er führt den Vorsitz im Rat für auswärtige Angelegenheiten. Er wird vor dem Europäischen Rat und dem Europaparlament verantwortlich sein. Ein außenpolitischer Dienst wird gegründet.
- Der Europäische Rat (Staats- und Regierungschefs) wird künftig von einem Vorsitzenden geleitet, der für zweieinhalb Jahre bestimmt wird.

- Der Ratsvorsitz (Ministerräte) wird künftig im Rahmen einer Troika von drei Ländern während 18 Monaten ausgeübt.
- Die europäischen Agenturen, wie z.B. Europol, werden einer verstärkten parlamentarischen Kontrolle unterworfen.

7. Die Verfassung gestaltet die Union demokratischer:

- In der EU sind Parlament und Ministerrat die Gesetzgeber. Die Mitentscheidungsprozedur (co-décision) von Parlament und Ministerrat in diesem Gesetzgebungsverfahren wird mit einigen Ausnahmen zur allgemeinen Regel. Der Rat tagt öffentlich, wenn er als Gesetzgeber amtiert.
- Die nationalen Parlamente greifen zu Beginn dieses Verfahrens ein, indem sie die von der Kommission vorgelegten Gesetzesentwürfe in Bezug auf die Subsidiarität und die Verhältnismäßigkeit prüfen. Sie können sich in einem Gutachten an die Kommission aussprechen und gegebenenfalls Klage vor dem Europäischen Gerichtshof erheben.
- Die Rolle des Europaparlaments in der Haushaltsprozedur wird verstärkt. Alle Arten von Ausgaben hat das Parlament zu prüfen und zu bewilligen.
- Die europäischen Bürger erhalten ein Initiativrecht, demzufolge eine Million Bürger aus verschiedenen Mitgliedstaaten die Kommission dazu einladen können, einen Gesetzesentwurf vorzulegen.
- Der Zugang der Bürger zur europäischen Gerichtsbarkeit wird verbessert.
- Die Verfassung trägt den europäischen Institutionen auf, mit der Zivilgesellschaft in einen offenen und regelmäßigen Dialog zu treten.
- Der Kommissionspräsident wird vom EP gewählt. Dabei soll das Resultat der Europawahlen in Betracht gezogen werden.

8. Die Verfassung erkennt ausdrücklich die Rolle der Sozialpartner an und will den Sozialdialog fördern. Der soziale Tripartit-Gipfel über Wachstum und Beschäftigung ist in der Verfassung verankert und soll zum Sozialdialog beitragen. Im Kapitel "Solidarität" der Charta der Grundrechte (Teil II) werden zudem die wichtigen Sozialrechte ausführlich dargestellt, wie z.B. das Recht der Arbeitnehmer auf Information und Konsultation; das Recht auf gerechte und angemessene Arbeitsbedingungen, das Recht auf soziale Sicherheit und Gesundheitsschutz, das Recht auf öffentliche Dienstleistungen, usw.

9. Außen- und Sicherheitspolitik

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik bleibt in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Das EP muss lediglich informiert und konsultiert werden, kann aber nicht entscheiden. Die Einstimmigkeit bleibt die Regel.

Einzig im Bereich der gemeinsamen Sicherheitspolitik hat die Regierungskonferenz Fortschritte erzielt. So werden die sogen. Petersberg-Missionen ausgeweitet und genauer beschrieben: neben den bisher festgelegten humanitären und Evakuierungsmissionen, der Konfliktvorbeugung und Friedenssicherung, der Krisenbewältigung und dem Wiederherstellen des Friedens sind es militärische Beratung, Stabilisierung am Ende von Konflikten, Bekämpfung von Terrorismus auch im Hoheitsgebiet von Drittstaaten.

Es wird ein europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten gegründet. Eine dauerhafte strukturierte Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung steht jenen Mitgliedstaaten offen, die anspruchsvollere Missionen übernehmen sollen.

Eine Solidaritätsklausel sieht vor, dass ein Mitgliedstaat im Falle einer Naturkatastrophe oder eines Terroranschlags von den anderen unterstützt wird.

Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Kapazitäten auszubauen. Die EU an sich baut keine eigene Armee auf, sondern greift auf die militärischen Mittel der Mitgliedstaaten zurück.

Mit diesen Bestimmungen soll kein neuer Militärblock geschaffen werden. Die NATO bleibt bestehen. Die Mitgliedstaaten behalten ihr Veto-Recht, d.h. dass alle Beschlüsse einstimmig gefasst werden müssen.

Zu den Außenbeziehungen der Union gehören auch die gemeinsame Handelspolitik und die humanitäre Hilfe. Eine Rechtsgrundlage für die Schaffung eines Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe ist vorgesehen.

10. Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

Die Asyl- und Einwanderungspolitik, die Politik der Grenzkontrollen und die Visapolitik werden als gemeinsame Politikbereiche der EU anerkannt.

Die justizielle Zusammenarbeit in Zivil- wie in Strafsachen wird ausgedehnt. Hierbei behält jeder Staat, der mit dieser Zusammenarbeit Probleme hat, die Möglichkeit, den Europäischen Rat (Staats- und Regierungschefs) zu befragen.

Eine Europäische Staatsanwaltschaft für die Bekämpfung von Vergehen gegen die finanziellen Interessen der Union soll gegründet werden.

Die polizeiliche Zusammenarbeit soll weiter gefördert werden. Einstimmigkeit bleibt für die operative Zusammenarbeit bestehen.

11. Eine Verfassung, die nie mehr geändert werden kann?

Da die Verfassung rechtlich gesehen ein Vertrag ist, kann er wie alle Verträge von den Mitgliedstaaten geändert werden. Sicher wird dies mit zunehmender Zahl der Mitgliedstaaten immer schwieriger, da Einstimmigkeit für eine Revision herrschen muss.

Sowohl die einzelnen Mitgliedstaaten wie das Europäische Parlament und die Kommission können die Initiative für eine Verfassungsrevision ergreifen.

Der Konvent ist als Vorbereitungsinstanz bei einer Revision vorgesehen.

Die Verfassung enthält einige "Überbrückungsklauseln", die den Übergang von der Einstimmigkeit zur qualifizierten Mehrheit im Rat ohne Verfassungsänderung erlauben.

Die verstärkte Zusammenarbeit wird verbessert, was in einer sich erweiternden Union jenen Staaten, die weitere Integrationsschritte unternehmen wollen, neue Möglichkeiten eröffnet (außer im Verteidigungsbereich).

12. Eine "klerikale" Verfassung?

Verschiedentlich schlug die Frage einer "Gottesreferenz" in der Präambel der Verfassung hohe Wellen. Sie wurde u.a. von der katholischen Kirche verlangt.

Es befindet sich keine Gottesreferenz in der Verfassung. Es wird auf das kulturelle, religiöse und humanistische Erbe Europas hingewiesen. In Teil I erklärt die Union, das Statut der Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften ebenso wie der philosophischen und nicht konfessionellen Organisationen, wie es die Mitgliedstaaten festgelegt haben, zu achten. Zudem will die Union mit ihnen einen regelmäßigen Dialog führen.

13. Freiwilliger Austritt aus der Union

In Artikel I - 60 ist der freiwillige Austritt eines Mitgliedstaates vorgesehen. So wie kein Staat gezwungen wird, in die Union einzutreten, so wie jeder Staat außer den der Union zugesprochenen Zuständigkeiten seine Identität und seine Eigenständigkeit behält, soll auch jeder Staat zu jedem Zeitpunkt die Möglichkeit erhalten, aus der Union auszutreten.

LA CONSTITUTION EUROPÉENNE

1. La constitution européenne, qui sera soumise le 10 juillet 2005 aux citoyennes et citoyens dans le cadre d'un référendum, a été élaborée par la Convention sur l'avenir de l'Europe. C'est la première fois dans l'histoire de l'UE, qu'une assemblée publique élabore un traité en coopération avec la société civile. Ce texte a été adopté, dans une version légèrement modifiée, par une conférence intergouvernementale et a été signé par les chefs d'Etat et de Gouvernement en date du 29 octobre 2004. Il devra être ratifié par les 25 Etats membres d'ici le 1er novembre 2006.

La constitution n'est pas un programme gouvernemental. Elle trace un cadre, mais les contenus dépendront de la volonté politique des gouvernements et des rapports de force au sein de l'UE.

Il suffit qu'un seul Etat membre ne ratifie pas la Constitution pour la rendre caduque. L'Etat éventuellement concerné ne sera pas pour autant pénalisé. L'UE est en effet une association d'Etats libres, qui ont rejoint volontairement l'UE et qui peuvent donc aussi décider de la quitter.

2. La Constitution européenne est née de la nécessité de préparer l'UE pour l'élargissement de 15 à 25 Etats membres. Ce pari n'avait pas été réussi dans le cadre du Traité de Nice (décembre 2000). La Constitution contient de nombreuses améliorations par rapport aux traités existants.

Elle constitue un compromis entre les 25 Etats membres ainsi qu'entre les différentes familles politiques respectivement entre les différentes conceptions de l'Europe. C'est pour cette raison que la Constitution n'est ni socialiste, ni libérale, ni chrétienne-démocrate; elle ne veut ni imposer une Europe fédérale, ni simplement une zone de libre échange. C'est ce qui explique que la Constitution puisse donner lieu à différentes critiques selon le point de vue adopté.

3. La Constitution européenne se divise en 4 parties et contient en tout 448 articles ainsi que 36 protocoles. Les 60 articles de la I^{ère} partie offrent une description générale de l'UE. La II^{ème} partie contient la Charte des droits fondamentaux, qui devient ainsi contractuelle. La III^{ème} partie décrit la politique et les actions de l'UE. La IV^{ème} partie renferme quant à elle les dispositions finales et procédurales.



Il aurait certes été possible de n'inclure que les parties I et II dans la Constitution. Dans ce cas de figure un deuxième traité aurait toutefois été nécessaire. Or, il y avait la volonté de rassembler toutes les dispositions européennes dans un seul texte, afin d'en faciliter l'accès et la lisibilité.

Les parties I et II offrent plus particulièrement une image claire des valeurs, des objectifs, des compétences et de la structure de l'Union. Les valeurs et les objectifs qui y sont retenus, tout comme les dispositions d'ordre général, se réfèrent à toutes les politiques de l'Union, telles qu'elles figurent dans la partie III.

4. La Ière partie énonce les valeurs sur lesquelles repose l'Union: dignité humaine, liberté, démocratie, égalité, égalité entre hommes et femmes, solidarité, état de droit, non discrimination, tolérance, justice. L'UE adhérera à la Convention européenne des Droits de l'Homme. La Charte européenne des droits fondamentaux (partie II de la Constitution) contient le détail des différents droits ; parmi ceux-ci on relèvera plus particulièrement le chapitre sur la solidarité avec sa description détaillée des droits sociaux. La partie I (article 3) explicite par ailleurs les nombreux objectifs de l'Union. Un espace sans frontières, où règnent liberté, sécurité et justice ; la durabilité, une économie sociale de marché et le plein emploi font partie de ces objectifs.

Les adversaires de la Constitution affirment que ce texte consacre le libéralisme en tant qu'idéologie prédominante au sein de l'UE. Ils se réfèrent notamment à une partie de phrase qui retient le principe de la concurrence libre et non-fauscée au sein du marché intérieur. Or, d'importantes dispositions renfermées dans la partie I (base légale pour les services d'intérêt général) et dans la partie II (dispositions générales telles l'égalité entre femmes et hommes, la clause de non-discrimination, la lutte contre l'exclusion sociale ou encore la protection des consommateurs) démontrent clairement que cette Constitution vise, contrairement aux textes précédents, à établir un équilibre entre les objectifs sociaux, économiques et environnementaux.

5. La Constitution met en évidence que l'UE ne remet pas en question l'identité des Etats membres et qu'elle n'entend pas devenir un super-Etat. L'UE est appelée à exercer uniquement les compétences qui lui ont été attribuées par les Etats membres, et ce dans le respect des principes de subsidiarité et de proportionnalité. Quant au contrôle du respect de ces principes par l'UE, un rôle important devra revenir aux Parlements nationaux au

début du processus législatif. La Constitution ne confère pas de nouvelles compétences à l'UE. Elle répond à la question: " Qui fait quoi en Europe ? " La Constitution énumère par conséquent cinq différents types de compétences:

- Compétences exclusives de l'Union (p.ex. l'Union douanière)
- Compétences partagées (p.ex. le marché intérieur)
- Mesures d'appui et mesures supplémentaires (p.ex. dans l'éducation)
- Politique étrangère et de sécurité commune
- Coordination des politiques économiques et de l'emploi.

Les changements dans la IIIème partie représentent simplement des adaptations aux parties I et II. Les 322 articles de la partie III reprennent des dispositions contenues dans des traités existants et déjà ratifiés. C'est uniquement dans le domaine de la politique étrangère et de sécurité commune (PESC) que la Constitution se propose d'innover (points 9 et 10).

6. La Constitution améliore le fonctionnement de l'UE élargie sur les points suivants:

- Au niveau de la législation il n'y aura désormais plus que six différents types de textes légaux, dont les lois et les lois-cadres européennes, au lieu des 16 actuels.
- Le recours au vote à la majorité au sein du Conseil augmente (45 nouveaux cas), la prise de décision à l'unanimité diminue (70 cas), ce qui permettra d'améliorer la capacité de délibération de l'Union.
- Au sein du Conseil la majorité qualifiée sera dorénavant acquise lorsqu'une décision rassemble 55% des Etats (une voix par Etat) et qu'elle représente 65% de la population (double majorité).
- A partir de 2014 la Commission sera réduite (2/3 des Etats), devenant ainsi plus efficiente. Chaque Etat membre aura dès lors le droit garanti d'être représenté dans deux Commissions sur trois.
- Un ministre des Affaires étrangères deviendra le porte-parole de l'Union en matière de politique extérieure. Il présidera le Conseil des Affaires étrangères et devra répondre au Conseil européen ainsi qu'au Parlement européen. Un service européen pour l'action extérieure sera mis en place.
- Le Conseil européen (chefs d'Etat et de Gouvernement) sera dorénavant présidé par une personne nommée pour une période de deux ans et demi.
- La présidence du Conseil (Conseils des ministres) sera assurée pendant 18 mois par trois pays dans le cadre d'une troïka.

- Les agences européennes, comme p.ex. Europol, seront soumises à un contrôle parlementaire renforcé.

7. La Constitution renforce la démocratisation de l'Union:

- Le Parlement et le Conseil des ministres sont les organes législateurs au sein de l'UE. Dans ce processus législatif la procédure de co-décision devient la règle générale, à quelques exceptions près. Le Conseil siègera publiquement dans sa fonction de législateur.
- Les Parlements nationaux interviennent au début de ce processus en examinant les projets de lois soumis par la Commission par rapport aux principes de subsidiarité et de proportionnalité. Ils peuvent exprimer leur position dans le cadre d'une expertise adressée à la Commission et, le cas échéant, déposer une plainte à la Cour de justice européenne.
- Le rôle du Parlement européen sera renforcé dans le cadre de la procédure budgétaire. Le Parlement sera appelé à vérifier et à approuver tous les types de dépenses.
- Les citoyens européens obtiennent un droit d'initiative. Un million de citoyens de plusieurs Etats membres pourront dorénavant inviter la Commission à déposer un projet de loi.
- L'accès des citoyens à la juridiction européenne est amélioré.
- La Constitution charge les institutions européennes d'engager un dialogue ouvert et régulier avec la société civile.
- Le Président de la Commission est également élu par le Parlement européen. Dans ce contexte il sera tenu compte du résultat des élections européennes.

8. La Constitution reconnaît expressément le rôle des partenaires sociaux et entend promouvoir le dialogue social. Le sommet social tripartite pour la croissance et l'emploi est ancré dans la Constitution et contribuera à ce dialogue social. Le chapitre " Solidarité " de la Charte des droits fondamentaux (partie II) présente en outre de façon détaillée les droits sociaux importants, comme p.ex. le droit des travailleurs à l'information et à la consultation; le droit à des conditions de travail équitables et appropriées, le droit à la sécurité sociale et à la protection de la santé, le droit aux services publics, etc.

9. Politique étrangère et de sécurité

La politique étrangère et de sécurité commune reste de la compétence des Etats membres. Le Parlement Européen doit uniquement être informé et consulté, mais il ne peut pas décider. L'unanimité reste la règle.

La Conférence intergouvernementale a pu réaliser des progrès uniquement dans le domaine de la politique de sécurité commune. C'est ainsi que les opérations communément appelées " missions de Petersberg " ont été élargies et décrites de façon plus détaillée : aux opérations actuelles, à savoir les missions humanitaires et d'évacuation, les missions de prévention des conflits et de maintien de la paix, et les missions de gestion des crises et de rétablissement de la paix s'ajoutent le conseil en matière militaire, la stabilisation à la fin d'un conflit et la lutte contre le terrorisme, également sur le territoire national d'Etats tiers.

Sera créée une Agence d'Armement, de Recherche et de Capacités. Les Etats membres appelés à assumer des missions plus exigeantes pourront disposer d'une coopération permanente, structurée dans le domaine de la défense.

Une clause de solidarité prévoit le soutien de tout Etat membre touché par une catastrophe naturelle ou par un attentat terroriste. Les Etats membres s'engagent à développer leurs capacités militaires. L'UE en tant que telle ne se dote pas d'une armée propre, mais elle fait recours aux moyens militaires de ses Etats membres.

Ces dispositions ne visent pas la création d'un nouveau bloc militaire. L'OTAN continuera d'exister. Les Etats membres gardent leur droit de veto, c.-à.-d. toutes les décisions doivent être prises à l'unanimité.

Les relations extérieures de l'Union comprennent également la politique commerciale commune et l'aide humanitaire. Une base légale est prévue pour la création d'un Corps volontaire européen d'aide humanitaire.

10. Espace de liberté, sécurité et justice

La politique d'asile et d'immigration, la politique des contrôles frontaliers et la politique des visas sont désormais reconnues comme des domaines de politique commune de l'UE. La coopération judiciaire est étendue, aussi bien en matière civile qu'en matière pénale. Chaque Etat pour qui cette coopération pose problème garde la possibilité de saisir le Conseil européen (chefs d'Etat et de Gouvernement).

Il est prévu de fonder un Ministère public européen afin de lutter contre les délits por-

tant préjudice aux intérêts financiers de l'Union.

Il est également prévu de continuer à promouvoir la coopération policière. L'unanimité reste en vigueur pour la coopération opérative.

11. Une Constitution qui ne pourra plus jamais être modifiée?

Etant donné que d'un point de vue juridique la Constitution est un contrat, elle pourra, à l'instar de tout contrat, être modifiée par les Etats membres. Certes, cela deviendra de plus en plus difficile à mesure que des Etats membres s'ajouteront car une révision ne peut se faire qu'à l'unanimité.

L'initiative d'une révision constitutionnelle peut être prise aussi bien par les différents Etats membres que par le Parlement européen et par la Commission.

Dans le cas d'une révision la Convention est prévue comme instance de préparation.

La Constitution contient quelques "clauses transitoires", qui permettent de passer de l'unanimité au vote à majorité qualifiée au sein du Conseil sans modification constitutionnelle. La coopération renforcée sera améliorée, ce qui, dans une Union qui s'élargit, offre de nouvelles possibilités (sauf dans le domaine de la défense) aux Etats qui veulent s'engager ultérieurement sur le chemin de l'intégration.

12. Une constitution "cléricale"?

La question d'une "référence à Dieu" dans le préambule de la Constitution a fait des vagues à différents égards. Cette référence a entre autres été exigée par l'Eglise catholique. Il n'y a pas de référence à Dieu dans la Constitution. On s'y réfère à l'héritage culturel, religieux et humaniste européen. Dans sa lère partie l'Union déclare respecter le statut des églises et des communautés religieuses tout comme des organisations philosophiques et non confessionnelles, comme fixé par les Etats membres.

L'Union entend en outre mener un dialogue régulier avec ces interlocuteurs.

13. Retrait volontaire de l'Union

L'article I - 60 prévoit le retrait volontaire d'un Etat membre. Tout comme aucun Etat n'est obligé d'adhérer à l'Union, tout comme chaque Etat garde son identité et son indépendance, à l'exception des domaines de compétences attribués à l'Union, chaque Etat doit avoir la possibilité de se retirer de l'Union à tout moment.

